

Niederschrift

über die Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses am Donnerstag, den 07.12.2017, 17:30 Uhr, im Rathaus der Stadt Eschweiler, Ratssaal, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Ratsmitglied Peter Kendziora SPD

Stv. Vorsitzende/r

Herr 2. stellv. Bürgermeister Wilfried Berndt CDU

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Herr Ratsmitglied Walter Bodelier SPD

Herr Ratsmitglied Wilhelm Broschk SPD

Herr Ratsmitglied Klaus Fehr SPD

Frau Fraktionsvorsitzende Nadine Leonhardt SPD

Frau Ratsmitglied Brigitte Priem SPD

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr Ratsmitglied Jörg Els CDU

Herr Ratsmitglied Mark Pützer CDU

Ratsmitglieder Fraktion DIE GRÜNEN

Herr Fraktionsvorsitzender Dietmar Widell Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder UWG-Fraktion

Herr Fraktionsvorsitzender Erich Spies UWG

Sachkundige Bürger SPD-Fraktion

Frau Angelika Köhler SPD

Herr Thomas Leßner SPD

Herr Thorsten Müller SPD

Herr Ratsmitglied Heinz Thoma für skB Harald Kommer SPD

Sachkundige Bürger CDU-Fraktion

Herr Heinz Kempen CDU

Herr Thomas Krause CDU

Sachkundige Bürger FDP-Fraktion

Herr Christian Braune FDP

Sachkundige Bürger Fraktion DIE LINKE & Piratenpartei

Herr Andreas Dittrich Fraktion DIE LINKE & Piratenpartei

Sachkundige Einwohner

Herr Reiner Leusch BUND - Ortsgruppe Eschweiler

Von der Verwaltung

Frau Hedwig Assenmacher Verwaltung

Herr Erster und Technischer Beigeordneter Verwaltung

Herrmann Götde

Herr Helmut Gühsgen Verwaltung

Herr Peter-Josef Hambloch Verwaltung

Herr Gerhard Handels Verwaltung

Herr Dr.-Ing. Bernd Hartlich Verwaltung

Frau Brigitte Höne Verwaltung

Herr Edmund Müller Verwaltung

Herr Franz-Josef Prinier Verwaltung
Herr Florian Schoop Verwaltung

Gäste

Herr Josef Gier
Herr Ratsmitglied Wolfgang Peters

Schriftführer/in

Frau Gudrun Karpus Verwaltung

Abwesend:

Sachkundige Bürger SPD-Fraktion

Herr Harald Kommer SPD

Herr A.Vors. Kenziora eröffnete die Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses um 17.30 Uhr und begrüßte die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung, den Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörer.

Anschließend stellte er fest, dass die Einladung zur Sitzung sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen seien und die Beschlussfähigkeit gegeben sei. Außerdem verwies er auf die bekannten und zu beachtenden Mitwirkungsverbote gemäß § 31 in Verbindung mit § 43 Abs. 2 Gemeindeordnung.

Frau RM Leonhardt beantragte, den Tagesordnungspunkt 3.2, VV 170/17 „Pflegekonzept für das öffentliche Grün“ von der Tagesordnung abzusetzen. Diesem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Öffentlicher Teil

1	Stadtplanung/Bauleitplanung	
1.1	9. Änderung des Bebauungsplanes 35 - Lenzenfeldchen -; hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss	380/17
1.2	3. Änderung des Bebauungsplans 200 - Industrie- und Gewerbepark I -; hier: Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit	393/17
1.3	Bebauungsplan 295 - Ehemalige Tennisplätze Jahnstraße -; hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit	381/17
2	Verkehr/Entwässerung	
2.1	Ausbau Knotenpunkt K33 - Langwahn, Röthgener Straße, Talstraße	069/17
3	Umwelt/Grünflächen	
3.1	Spielplatz/Grünanlage Indestraße	315/17
3.2	Pflegekonzept für das öffentliche Grün - abgesetzt -	170/17
4	Gebäudemanagement	
4.1	Künftige Nutzung Sportheim Nothberg und Bereitstellung von Räumen im ehem. Schulgebäude Hehlrather Str. für die Offene Ganztagschule bzw. Kids-Club	391/17
5	Kenntnisgaben	
5.1	Landeszuwendungen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse Stadtverkehrsförderung - Förderung des kommunalen Straßenbaus hier: Programmberatungsgespräch für das Programmjahr 2018 (und folgende)	347/17

5.2	Mindestabstandsregelungen für Spielhallen (ab dem 01.12.2017)	376/17
5.3	Elternhaltestellen an Schulen	390/17
6	Anfragen und Mitteilungen	

Nicht öffentlicher Teil

7	Kenntnisgaben	
7.1	Beschlusskontrolle	387/17
8	Anfragen und Mitteilungen	

Öffentlicher Teil

1 Stadtplanung/Bauleitplanung

1.1 9. Änderung des Bebauungsplanes 35 - Lenzenfeldchen -; hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss 380/17

Herr RM Widell gab zu bedenken, dass durch die Änderung des Bebauungsplans die Nutzung einer Spielhalle im Gewerbegebiet ermöglicht werde und kritisierte die Formulierung im Sachverhalt „... ein Absinken des Niveaus ist nicht zu befürchten“.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag mit 18 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, UWG, Linke/Piraten) und 1 Nein-Stimme (Grüne) zu:

- I. Die öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- II. Die 9. Änderung des Bebauungsplanes 35 – Lenzenfeldchen – (Anlagen 1 und 2) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 3) als Abschlussbegründung hierzu.

1.2 3. Änderung des Bebauungsplans 200 - Industrie- und Gewerbepark I -; hier: Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit 393/17

Auf Anfrage von Herrn skB Braune erklärte Herr TB Gödde, dass noch keine konkrete Hochbau-Planung des Gewerbebetriebes vorliege. Aus betriebsorganisatorischen Gründen erfolge die Erweiterung in Richtung Nordosten.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag einstimmig zu:

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an der Aufstellung der 3. Änderung des Bebauungsplans 200 – Industrie- und Gewerbepark I – gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 4 der Satzung über die Bürgerbeteiligung der Stadt Eschweiler wird beschlossen.

1.3 **Bebauungsplan 295 - Ehemalige Tennisplätze Jahnstraße -; hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit**

381/17

Herr RM Widell erkundigte sich, wie die drei Gebäude zuzuordnen seien. Herr TB Gödde erläuterte, dass alle drei Blöcke von der Investorengruppe gemeinsam errichtet würden. Im vorderen Bereich sei die Büroorganisation der Cura GmbH und die Tagespflege vorgesehen, in den beiden anderen Gebäuden barrierefreies Wohnen für die unterschiedlichen Zielgruppen.

Herr skB Braune wies darauf hin, dass bezüglich der Verkehrsführung Rücksicht auf den naheliegenden Kindergarten zu nehmen sei. Herr TB Gödde erwiderte, dass diesbezüglich bereits Gespräche zwischen dem Ordnungsamt und dem Kindergarten liefen.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussentwurf einstimmig zu:

- I. Die Aufstellung des Bebauungsplans 295 - Ehemalige Tennisplätze Jahnstraße - gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 13 a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) im Sinne des § 30 Abs. 1 BauGB mit dem in der **Anlage 1** dargestellten Geltungsbereich wird beschlossen.
- II. Gleichzeitig wird der Vorentwurf des Bebauungsplans 295 - Ehemalige Tennisplätze Jahnstraße - (**Anlagen 2, 3 und 4**) mit Begründung (**Anlage 5**) gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 4 der Satzung über die Bürgerbeteiligung der Stadt Eschweiler zum Zweck der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit beschlossen.

2 **Verkehr/Entwässerung**

2.1 **Ausbau Knotenpunkt K33 - Langwahn, Röthgener Straße, Talstraße**

069/17

Herr RM Berndt vertrat die Auffassung, dass eine T-Lösung evtl. nicht umsetzbar sei und forderte, die Prüfung der Machbarkeit um eine Tunnellösung zu erweitern. Herr TB Gödde erklärte, dass laut EVS die Möglichkeit, die Bahn tieferzulegen, nicht gegeben sei. Auch die Straße tieferzulegen sei verkehrstechnisch kaum machbar, da vorhandene Flächen sehr knapp seien, die Absenkung der Röthgener Straße zudem sehr weiträumig notwendig wäre und auch die Talstraße entsprechend abgesenkt werden müsste. Anliegende Grundstücke würden durch die Absenkungen abgehängt. Ein solcher Prüfauftrag sei absolut unrealistisch sowie finanziell und technisch problematisch.

Herr skB Braune beantragte die separate Abstimmung der beiden Punkte im Beschlussvorschlag und erkundigte sich zudem nach einem Zeitplan für die einzelnen Maßnahmen –auch im Hinblick auf die Schließung des BÜ Jägerspfad-. Herr TB Gödde erwiderte, dass drei Partner an der Maßnahme beteiligt seien (EVS, StädteRegion Aachen und Stadt Eschweiler) und daher eine belastbare Aussage bzgl. der Zeitschiene derzeit nicht gemacht werden könne.

Herr RM Berndt wies nochmals darauf hin, dass massive Probleme durch den Mehrverkehr zu erwarten seien und daher nach alternativen Lösungen im Zusammenhang mit dem gesamten Mobilitätskonzept gesucht werden müsste.

Frau RM Leonhardt machte deutlich, dass das Problem beim Schienenverkehr zu suchen sei. Herr RM Widell vertrat den Standpunkt, dass die Verkehrsströme derzeit unklar und zu viele Fragen offen seien, insbesondere im Hinblick auf den Zeitrahmen und die Kostenabschätzung. Herr RM Spies wies darauf hin, dass hier Planungsrecht vorhanden sei, aber die Probleme bei der EVS zu suchen seien. Er hielt den Beschlussvorschlag für sinnvoll und machte den Vorschlag, die Abbiegespur zur Talstraße bei der T-Lösung aufzuweiten. Außerdem erinnerte er an die Probleme der Lichtsignalsteuerung am Bahnübergang Lindenallee.

Auf nochmalige Forderung von Herrn skB Braune, eine separate Abstimmung vorzunehmen, erläuterte Herr TB Gödde, dass sich die Formulierung des Beschlussvorschlages „...und die hierfür erforderlichen Schritte einzu-

leiten“ auf die Machbarkeit beziehe. Daraufhin zog Herr skB Braune seinen Antrag zurück.

Auf Antrag der CDU und der FDP wurde der Beschlussvorschlag wie folgt erweitert:

„Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung der Machbarkeit, den Knotenpunkt Langwahn / Röhthgener Straße / Talstraße als unsignalisierte Einmündung herzustellen und die hierfür erforderlichen Schritte einzuleiten; **bei der Machbarkeitsprüfung sind auch alternative Lösungen zu untersuchen.**“

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten diesem erweiterten Beschlussvorschlag mit 18 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, UWG, Linke/Piraten) und 1 Nein-Stimme (Grüne) zu:

3 Umwelt/Grünflächen

3.1 Spielplatz/Grünanlage Indestraße 315/17

Herr RM Widell führte an, dass auf der Nordseite der Indestraße eine zusätzliche Kletterwand für kleinere Kinder eingeplant werden solle. Dies sei von Herrn Stadtkämmerer Kaever in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses bereits zugesagt worden. Herr skB Braune bat aufgrund der möglichen Alternativen für den Kletterwand-Standort um Aktualisierung der Verwaltungsvorlage. Frau RM Leonhardt begrüßte die gute und zielorientierte Lösung.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten den Beschlussvorschlag einstimmig zu:

Vorbehaltlich der Beschlussfassung des Haushaltes für das Jahr 2018 wird den vorgesehenen realisierbaren Verlagerungen der auf dem Spielplatz Indestraße entfallenen Spielmöglichkeiten in die Grünfläche Indestraße zugestimmt.

3.2 Pflegekonzept für das öffentliche Grün 170/17

Die Verwaltungsvorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

4 Gebäudemanagement

4.1 Künftige Nutzung Sportheim Nothberg und Bereitstellung von Räumen im ehem. Schulgebäude Hehlrather Str. für die Offene Ganztagschule bzw. Kids-Club 391/17

Es ergaben sich keine Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses stimmten dem Beschlussvorschlag einstimmig zu:

Dem Umzug des Billardclubs Primus Eschweiler 1977 e.V. von der ehem. Schule Hehlrather Straße zum Sportheim Nothberg wird zugestimmt. Die zu zahlenden Nebenkosten werden auf 320 € monatlich festgeschrieben. Die im Gebäude ehem. Schule Hehlrather Straße frei werdenden Räume werden nach Herrichtung dem Kinderschutzbund für den Betrieb der Offenen Ganztagschule bzw. Kids-Club zur Verfügung gestellt.

5 Kennnissgaben

5.1 Landeszuwendungen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse Stadtverkehrsförderung - Förderung des kommunalen Straßenbaus hier: Programmberatungsgespräch für das Programmjahr 2018 (und folgende) 347/17

Herr RM Widell erkundigte sich nach den Beträgen zu den einzelnen Maßnahmen. Herr Dr. Hartlich wies darauf hin, dass derzeit nur grobe Schätzkosten, die wenig belastbar seien, zur Verfügung stünden.

Die Verwaltungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.2 Mindestabstandsregelungen für Spielhallen (ab dem 01.12.2017) 376/17

Herr RM Widell äußerte, dass Wettbüros für Jugendliche weitaus interessanter seien als Spielhallen. Er monierte, dass die Verwaltung jede Möglichkeit nutze, eine Ausnahmeregelung zu gewähren und stellte die Frage, ob auch weiterhin genehmigt werden solle. Er wies darauf hin, dass –unter Berücksichtigung der Übergangsfristen bis 2021- bei rechtzeitiger Bescheiderteilung Änderungen möglich seien. Er warf die Frage auf, ob man das Ganze zukünftig hinnehmen oder verschärfen wolle und lehnte seine Zustimmung zur Verwaltungsvorlage ab. Herr Müller erwiderte, dass es sich hier um eine Kennnissgabe handele und im Übrigen ein Abwägungsprozess der Verwaltung stattgefunden habe. Herr RM Widell bat daher um eine Beschlussvorlage für die nächste Ratssitzung.

Herr skB Braune forderte ebenfalls, eine politische Willensbildung herbeizuführen.

Herr A.Vors. Kendziora wies nochmals darauf hin, dass es sich hier um eine Kennnissgabe handele, jedoch selbstverständlich das Recht bestünde, einen Antrag auf Erstellung einer Beschlussvorlage für die Ratssitzung zu stellen.

Frau RM Leonhardt merkte an, dass die rechtliche Umsetzung dieses Themas in der Praxis sehr schwierig sei und schlug vor, dass man sich in einer der nächsten Sitzungen nochmals mit dem Thema beschäftigen solle.

Herr RM Widell erklärte nochmals, dass er sich mit dem Abwägungsprozess der Verwaltung nicht einverstanden erklären könne.

Die Verwaltungsvorlage wurde anschließend zur Kenntnis genommen.

5.3 Elternhaltestellen an Schulen 390/17

Herr Müller stellte zu Beginn richtig, dass die Elternhaltestelle an der KGS Eduard-Mörke noch nicht eingerichtet sei, dies jedoch bis Ende des Jahres erfolgen werde. Außerdem wies er darauf hin, dass gegenüber der Elternhaltestelle auf der Oberstraße ein Halteverbot angeordnet werden müsse. Zu den Alternativen beim Standort Barbaraschule sei der Vorschlag der Verwaltung, die Elternhaltestelle auf der Konkordiastraße/Einmündung Stich einzurichten; dies sei jedoch mit den Schulgremien noch nicht kommuniziert.

Herr RM Widell führte zum Standort Barbaraschule aus, dass es sich hier um eine Hauptverkehrsstraße handele, die Kreuzung schwer einsehbar sei und damit dieser Standort eine unglückliche Lösung sei.

Frau RM Leonhardt berichtete von der Vorgehensweise an der Liebfrauenschule. Dort sprechen Schüler anfahrende Eltern direkt an und weisen auf die Problematik hin.

Die Verwaltungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen und Mitteilungen

a) Verkehrssituation Hastenrath

Frau RM Priem erkundigte sich nach dem Sachstand ihrer Anträge „Einfahrt zur Straße „Im Tempel“ für Busse sperren“ und „Tempo 30 für das erste Teilstück aus Richtung Gressenich kommend“. Herr Müller erklärte, dass ihm diese Anträge nicht bekannt seien und bat um Übersendung per E-Mail. Er wies bereits darauf hin, dass es

sich bei der Ortseinfahrt Hastenrath um eine übergeordnete (Landes-) Straße handele, für die Tempo 30 nur ausnahmsweise in Betracht komme.

b) Bericht Filmpost – Tedox im alten OBI-Gebäude

Herr RM Berndt erkundigte sich, ob durch die Änderung des Flächennutzungsplans in ein Gewerbegebiet eine solche Nutzung nicht ausgeschlossen sei. Herr TB Gödde erwiderte, dass im rechtsgültigen Bebauungsplan ein Baumarkt möglich wäre, jedoch ein Markt wie Tedox mit einer Vielzahl zentrenrelevanter Sortimente problematisch sei..

c) Montage einer Leinwand durch den Geschichtsverein am Gebäude Dürener Str. 18

Herr TB Gödde berichtete über die beabsichtigte Montage einer Leinwand an der Fassade des o.a. Gebäudes, welche seitens des Bauordnungsamtes befürwortet werde. Auf Nachfrage von Herrn skB Braune wies Herr TB Gödde darauf hin, dass die Genehmigung an das Bild gebunden sein und somit Plakatierungen verhindert würden.

d) Verkehrszählung Florianweg

Anhand einer Power-Point-Präsentation erläuterte Herr Dr. Hartlich die durchgeführte Verkehrszählung an zwei Tagen an den Einmündungen zum Florianweg (Jägerspfad und Stich).

e) Antrag der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen

Zur Ausweisung von Solar-Freiflächen im Flächennutzungsplan stellte sich die Frage, inwieweit die Verwaltung die Möglichkeit sehe, die Chancen auf Einleitung eines Zielabweichungsverfahrens zu vergrößern, indem sie im Vorfeld der Regionalratssitzung noch Ausgleichsflächen für die im Grünzug liegenden Flächen anbietet. Herr TB Gödde erläuterte, dass bereits im weiteren Flächennutzungsplanänderungsverfahren und im Bebauungsplanverfahren Ausgleichsflächen bereitgestellt werden müssten. Aus diesem Grund sieht die Verwaltung keine Verbesserung der Chancen auf Einleitung eines Zielabweichungsverfahrens durch das Angebot von Ausgleichsflächen.

Zum „Kommunalen Dieseltipfel /Sofortprogramm Saubere Luft“ wurde um Mitteilung gebeten, welche Möglichkeiten die Verwaltung sieht, Mittel aus dem Programm -etwa bei der Umrüstung des städtischen Fuhrparks und der Radverkehrsoptimierung- in Anspruch zu nehmen und dabei auch den förderunschädlichen vorzeitigen Maßnahmenbeginn zu nutzen. Herr TB Gödde verwies zunächst auf die Ausführungen in der VV 312/17, welche in der letzten Sitzung auf der Tagesordnung stand. Die Mittel aus dem Sofortprogramm „Saubere Luft“ würden voraussichtlich den Städten mit den höchsten Belastungen zukommen. Ob eine Öffnung für weitere Kommunen und Kreise möglich sei, würde aktuell diskutiert. Die Hälfte der Mittel seien für die Elektrifizierung und Nachrüstung der Busflotten vorgesehen; die andere Hälfte der Mittel für die Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme. Er wies weiterhin darauf hin, dass alle Maßnahmen nur im Rahmen abgestimmter Mobilitätskonzepte umgesetzt werden sollten. Erste Gespräche hierzu seien für Januar 2018 vorgesehen.